

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/44

3. März 1972

Die Grenzen der Toleranz

Radikale und der Öffentliche Dienst

Von Richard Lehnens
Innenminister von Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Eine notwendige Klarstellung

Die Ostverträge und die Auseinandersetzung
mit den Kommunisten

Von Helmut Sieglerschmidt MdB
Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Agrarwirtschaft vor neuen Wegen

Folgerungen aus dem Agrarbericht für das
Jahr 1972

Von Lothar Löffler MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Grenzen der Toleranz

Radikale und der öffentliche Dienst

Von Richard Lehnert

Innenminister von Niedersachsen

Die Diskussion um die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst wird von einer doppelten Sorge bestimmt: Einerseits wird befürchtet, daß der öffentliche Dienst und besonders die Schulen von Kräften durchsetzt werden könnten, die nicht bereit sind, aus innerer Überzeugung für die Grundwerte unserer freiheitlichen demokratischen Verfassung einzutreten. Auf der anderen Seite entsteht Unruhe darüber, daß mit diesen wenigen erklärten Feinden unserer Verfassung zugleich auch die verfassungstreuen Nonkonformisten aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden könnten, die jene Grundwerte in einer anderen Ausprägung verwirklichen möchten als die demokratischen Parteien.

Beide Sorgen sind im Prinzip berechtigt. Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 trägt ihnen meines Erachtens in einer ausgewogenen Weise Rechnung. Die Landesregierung ist ihm deshalb beigetreten und wird ihn durchführen.

Zu den Grundwerten unserer Verfassung gehört die freie politische Diskussion, die von der Achtung des politischen Gegners getragen ist, solange dieser seinerseits bereit ist, seine politischen Auffassungen mit den Mitteln unserer rechtsstaatlichen Ordnung zu vertreten. Dazu gehört, daß wir dem Andersdenkenden nicht vorschnell mit der Verdächtigung verfassungsfeindlicher Motive begegnen. Radikales Denken und Formulieren ist, wenn es für die sachliche Würdigung der Gegenmeinung offen bleibt, ein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung. Aber unsere Toleranz muß dort aufhören, wo die Freiheit des demokratischen Meinungskampfes mißbraucht wird, um hinter einer demokratischen Scheinkulisse eine Kaderdiktatur von rechts oder links aufzubauen.

Das alles gilt auch für die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Eine demokratische Gesellschaft verträgt keine Beamten, damit auch keine Lehrer oder Professoren,

die den Wettstreit politischer Meinungen teilnahmslos oder gar ablehnend gegenüberstehen. Ein Beamtentum, dem staatliche Ordnung mehr galt als staatsbürgerliche Freiheit, hat in der Weimarer Zeit schon einmal seinen Beitrag zur Wahrung der Demokratie versäumt. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen.

Darum ist im öffentlichen Dienst kein Platz für solche Kräfte, die durch die Aktivitäten zu erkennen geben, daß ihnen die freiheitliche demokratische Grundordnung nur ein Lippenbekenntnis wert ist. Darüber braucht nicht beunruhigt sein, wer auf dem Boden des Grundgesetzes und mit der einem Beamten gebotenen Zurückhaltung zum Beispiel für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, den Nulltarif oder die Abrüstung eintritt. Er ist nicht gemeint und hat keinen Anlaß, sich mit jenen zu solidarisieren, denen es um die Abschaffung der Grundlagen unserer Verfassungsordnung geht.

Aber es muß auch klar werden, daß die Bevölkerung einen Anspruch auf einen öffentlichen Dienst hat, der seine Funktionen unparteiisch und verfassungstreu erfüllt, damit der Raum für politische Alternativen nicht durch Entscheidungen im administrativen Vorfeld oder durch politische Propaganda im Bildungssektor eingeengt wird.

Die Durchführung des Beschlusses der Ministerpräsidenten muß in den Einzelheiten noch sorgfältig überdacht werden, ohne Überstürzung und ohne Pression. Schon jetzt kann ich aber sagen, daß wir dabei nicht mit pauschalen Vorurteilen zu Werke gehen, sondern jeden einzelnen Fall kritisch und objektiv prüfen werden. Weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge werden wir blind sein. Wir werden der Freiheit politischer Meinungen keine Grube graben. Aber wir werden mit kühlem Kopf dort eingreifen, wo die Freiheit keinen Kompromiß mit ihren Verächtern eingehen kann.

(-/ex/3.3.1972/bey)

Eine notwendige Klarstellung

Die Ostverträge und die Auseinandersetzung mit den Kommunisten

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die englische Zeitschrift "Nineteenth Century and after" eine interessante Betrachtung über die Deutschen. Zwei Redewendungen, so meinte der Verfasser, seien für diese typisch. Die eine laute: "entweder - oder", die andere: "wenn schon - denn schon". Es liegt nahe zu vermuten, daß diese treffende Beobachtung auf dem Felde der deutschen Außenpolitik gemacht wurde. Das gilt insbesondere für die Verbindungslinien zwischen Außen- und Innenpolitik sowie zwischen Außen- und Verteidigungspolitik.

Als der Kalte Krieg zwischen Ost und West auf seinem Höhepunkt stand, war es für die damals regierende CDU/CSU selbstverständlich, daß die äußere Auseinandersetzung mit kommunistischen Staaten ihre notwendige Ergänzung durch ein rücksichtsloses administratives Einschreiten gegen die Kommunisten in der Bundesrepublik finden müsse.

Doch war dieses Vorgehen, das der damalige Innenminister Dr. Gerhard Schröder mit einem lückenlosen Grenzkontrollsystem totaler Abgrenzung gegenüber der DDR krönen wollte, keineswegs zwangsläufig. In Berlin, das damals im Brennpunkt dieser weltpolitischen Ost-West Auseinandersetzung stand und innerhalb der Stadt eine völlig offene Grenze zur kommunistischen Welt hatte, hat der Senat zu keiner Zeit von den Alliierten ein Verbot der SED (jetzt SEW) gefordert. Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten wurde dort mit Erfolg politisch geführt. Bei jeder Wahl wurde den Kommunisten ihre Bedeutsamsigkeit mit dem Stimmzettel öffentlich bescheinigt.

Offenbar schließt die CDU/CSU, was eingeleisiges politisches Denken und Handeln betrifft, von sich auf andere, wenn sie heute,

etwa 15 Jahre später behauptet, der Abschluß der Ostverträge führe zu einer Stärkung des kommunistischen Potentials in der Bundesrepublik und die Bundesregierung nehme das gewissermaßen billigend in Kauf. Inwieweit dabei die Absicht demagogischer Volksverhetzung eine Rolle spielt, soll hier nicht untersucht werden, doch dürfte es im Hinblick auf das vorstehend Gesagte kein Zufall sein, daß Gerhard Schröder der erste war, der in seinem Artikel in der "Zeit" vom 4. Februar 1972 in dieser Richtung argumentierte.

Während der Debatte über die Ostverträge im Bundestag wiederholten andere Sprecher der Opposition in vergrößelter Form diese Verdächtigung. So Rainer Barzel in einer jedem Bildleser zugänglichen Schlichtheit: "Die Kommunisten im Lande fühlen sich sicherer und werden frecher". Doch ist dieses eingleisige politische Denken und Handeln, bei dem die Innenpolitik zur Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln betrieben wird und umgekehrt keineswegs ein Privileg von Politikern der CDU/CSU.

Auch in jenem Bereich des innenpolitischen Spektrums, in dem man sich gern als progressiv bezeichnet, gibt es Stimmen, die in halber Vereinfachung meinen, wer Versöhnung mit den kommunistischen Staaten im Osten suche, müsse sich auch mit den Kommunisten im eigenen Lande versöhnen und dürfe die Entspannung nicht durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Landesverteidigung "stören".

Daß für diese völlig abwegige Schlussfolgerung, die einige Romantiker und fellow travellers aus der Ostpolitik der Bundesregierung ziehen, weder diese selbst noch die SPD verantwortlich gemacht werden kann, liegt auf der Hand. Wenn Vertreter der CDU/CSU dennoch diese Behauptung verbreiten, ohne auch nur irgendeinen Beweis dafür zu erbringen, tun sie es wider besseres Wissen.

Eine ideologisch bestimmte Außenpolitik ist eigentlich ein Widerspruch in sich, mindestens aber keine gute Außenpolitik. Wenn die politische Handlungsfähigkeit dieses Landes wichtig ist, der muß den eingleisig Denkenden und Handelnden, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, entschlossen entgegentreten.

(-/ex/3.3.1972/ks)

Agrarwirtschaft vor neuen Wegen

Folgerungen aus dem Agrarbericht für das Jahr 1972

Von Lothar Löffler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Agrarbericht 1972 zeigt einmal mehr, wie empfindlich auf die scharfe internationale Konkurrenz und auf die unerbittlichen Gesetze des Marktes ein Wirtschaftsbereich reagiert, der jahrzehntelang einer Politik unterlag, die weniger auf die Zukunft orientiert war, sondern mehr der Erhaltung des Vorhandenen diene. Gerade der diesjährige Agrarbericht ist ein Beweis für das ganze Ausmaß an Versäumnissen der früheren Agrarpolitik. Es ist eine bittere Erkenntnis, aber sie stimmt: Keiner kann mehr verdienen, als er durch seine Arbeit an Wert hervorbringt. Welchen Wert die Produkte seiner Arbeit haben, bestimmen die Bedürfnisse der Gesellschaft, zu deren Befriedigung Güter nachgefragt und schließlich auch bezahlt werden. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft sank von 13.081 DM auf 11.802 DM. Das sind 9,8 vH. weniger als im vorangegangenen Wirtschaftsjahr. Und das trotz gesteigerter Produktivität und einer ungebrochenen Arbeitsleistung der landwirtschaftlichen Bevölkerung!

Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Erzeugerpreise um 6,2 vH. sanken und die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel um 4,7 vH. stiegen. Für das Sinken der Erzeugerpreise ist in erster Linie der zyklisch bedingte Verfall der Schweinepreise die Ursache.

Hierzu eine Rechnung: Der bereinigte Betriebsertrag sank im letzten Wirtschaftsjahr von 2.316 DM auf 2.210 DM, das bedeutet eine Minderung um 4,6 vH. An diesem Minderergebnis von 106 DM sind die gesunkenen Schweinepreise allein mit 85 DM beteiligt.

Als ein weiterer Grund ist die verhältnismäßig geringe Getreideernte im Jahr 1970 anzusehen. Das hatte zur Folge, daß pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 46 DM mehr für den Zukauf an

Futtermitteln ausgegeben werden mußten - trotz eines leicht gesunkenen Viehbestandes. Selbst der Böswilligste wird nicht behaupten können, daß die Bundesregierung für diese beiden Faktoren verantwortlich zu machen ist.

In der Debatte am 17. März wird die Opposition auf die im Agrarbericht 1972 veröffentlichten Zahlen herumreiten, die zugegebenermaßen ungünstig sind. Tatsache ist jedoch, daß sich gegenwärtig die Ertragslage in der Landwirtschaft wieder gebessert hat. Die Betriebsmittelpreise stagnieren weitgehend und die Erzeugerpreise steigen an. Das läßt hoffen, daß der nächste Agrarbericht günstiger ausfallen wird.

Das sollte jedoch nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die nach wie vor in der Landwirtschaft bestehen. Die eine Schwierigkeit besteht darin, daß bei den unterschiedlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft mit einer Erhöhung der administrativen Preise nicht alle Teile der Landwirtschaft zu befriedigen sind. Der Steuerzahler muß dafür erhebliche Mittel aufwenden, außerdem auch für die Subventionierung derjenigen Agrarprodukte, die der Markt innerhalb der EWG nicht aufzunehmen vermag. Immerhin wendet die EWG für diese beiden Maßnahmen jährlich ca. 9,01 Milliarden EM auf.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß in Brüssel Gedanken auf eine grundsätzliche Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik verwendet werden. Zwar gehen diese Gedanken nicht von dem für die Landwirtschaft zuständigen Kommissar Dr. Mansholt aus, sondern von seinem Kollegen Spinelli. Während Mansholt offensichtlich immer noch glaubt, daß man bei entsprechenden Strukturveränderungen den europäischen Landwirten das Gefühl lassen kann, daß die Produkte ihrer Arbeit von der Gesellschaft entsprechend bezahlt werden, sie also in ihrer Gesamtheit etwas ökonomisch Sinnvolles tun, will Spinelli einen stärker sozialorientierten Weg in der Agrarpolitik einschlagen, indem er bestimmten Betrieben Bewirtschaftungszuschüsse geben will, die gleichzeitig auch eine Honorierung für die Erhaltung der Kulturlandschaft darstellen können. Sicher sind die Gedanken von Spinelli noch nicht ausgereift, aber sie sind es wert, sich mit ihnen eingehender zu beschäftigen. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich gerade auch aus den Ergebnissen des Agrarberichts 1972.

(-/ex/3.3.1972/bgy)